

Keine Stimme für das grün-schwarze Krisenchaos – stärkt die sozialistische Alternative MLPD

Erklärung der MLPD Baden-Württemberg zur Landtagswahl am 14. März 2021

Liebe Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele machen sich derzeit Gedanken, wohin sich die Gesellschaft entwickeln soll. Wir befinden uns mitten in einer tiefen Weltwirtschafts- und Finanzkrise, die sich mit der Corona-Pandemie durchdringt. Die MLPD hilft und organisiert, den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter und die breiten Massen zu führen. Sie steht darüber hinaus dafür, auch **den Ursachen der Krisen an die Wurzel zu gehen, das kapitalistische Krisenchaos revolutionär zu überwinden und den echten Sozialismus** als gesellschaftliche Alternative zu erkämpfen.

Baden-Württemberg ist ein Zentrum der Autoindustrie. Massenhaft Arbeits- und Ausbildungsplätze sollen im Zusammenhang mit der Weltwirtschafts- und den Strukturkrisen, mit Umstellung der Antriebstechnik und Digitalisierung, vernichtet werden. Allein Daimler plant mindestens 30.000 Arbeitsplätze zu vernichten - brüstet sich gleichzeitig im Jahr 2020 mit 6,6 Milliarden Euro Gewinn. Mit dem Börsengang von Daimler-Trucks will Daimler seine Profite zu Lasten der Belegschaft und Gesellschaft weiter maximieren. Die MLPD arbeitet als Arbeiterpartei seit Jahrzehnten unter den Arbeitern und ihren Familien in den Betrieben und Gewerkschaften; die harten gewerkschaftlichen und selbständigen Kämpfe der letzten Jahrzehnte und insbesondere Konzernübergreifende Kämpfe sind aufs engste mit ihrer Kleinarbeit verbunden. Heute sind die Belegschaften herausgefordert um konsequenten Gesundheitsschutz, notwendige und längst erarbeitete Lohnerhöhungen sowie um **jeden** Arbeits- und Ausbildungsplatz zu kämpfen. Darüber hinaus treten wir für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein, als wichtigste Forderung um die Belegschaften, jung und alt, zusammen zu schließen und gegen die Monopole in die Offensive zu gehen. Und wir treten für ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht ein - nur im harten Kampf können die Arbeiter ihre Interessen durchsetzen.

Die Grünen bringen es fertig die Losung „für eine mutige Gesellschaft, die die großen Zukunftsaufgaben Klimaschutz, Innovation und Zusammenhalt gemeinsam anpackt“- zu plakatieren. Ist es nicht eine **grün geführte Landesregierung**, die sich unterwürfigt in den Dienst der Monopole und ihrer Jagd auf Maximalprofite stellt, was auf Kosten der normal arbeitenden Bevölkerung, Kleinbetriebe, Kulturschaffende, usw. ausgetragen wird? In den 10 Jahren seiner Regierungsverantwortung hat sich **Kretschmann** zu einem der profiliertesten Lobbyisten der Automobilindustrie gemausert und S 21 gegen den breiten Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt. Angetreten mit dem Versprechen der „Energiewende“ ist Baden-Württemberg Schlusslicht in Deutschland, was den Anteil erneuerbaren Energien betrifft. Flächenversiegelungen schreiten voran. Welch eine Heuchelei hier noch von „*mutiger Innovation für den Klimaschutz*“ zu sprechen.

Und von wegen „*Zusammenhalt*“? Die grün-schwarze Landesregierung erweist sich als eine Vorreiterin in der reaktionären Innen- und Flüchtlingspolitik. Am 19.02.2021 urteilte das Verwaltungsgericht Stuttgart, dass die Maßnahmen bei einem brutalen Polizeieinsatz in der Flüchtlingsunterkunft in Ellwangen 2018 „*unverhältnismäßig und daher rechtswidrig gewesen*“ sind. Welch eine Ohrfeige für Kretschmann und Innenminister Strobl als Verantwortliche. Die Flüchtlinge in Ellwangen hatten es gewagt, gegen die Abschiebung eines Togolesen zu protestieren. Daraufhin stürmten etwa 500 Polizisten die Zimmer, fesselten Flüchtlinge stundenlang. Das war begleitet von einer medialen Hetzkampagne gegen Flüchtlinge, angeführt durch Seehofer (CSU) und Thomas Strobl (CDU). Die Flüchtlinge organisierten eine Pressekonferenz und Demonstration in Ellwangen unter der Losung: „*We are refugees not criminals!*“. Alassa Mfouapon, Mitorganisator dieser Aktion wurde daraufhin gewaltsam, politisch motiviert nach Italien abgeschoben. Unterstützt von einer breiten Solidaritätsbewegung, an der sich die MLPD aktiv beteiligt hat, hat Alassa Mfouapon nun die Landesregierung Baden-Württemberg verklagt und in Kernpunkten Recht bekommen. Jetzt müssen die Verantwortlichen dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden! Die MLPD fördert die Selbstorganisation der Flüchtlinge und ihren Schulterschluss mit der kämpferischen Opposition gegen die reaktionär-imperialistische Flüchtlingspolitik von EU, Bundes- und Landesre-

gierung. Und sie tritt darüber hinaus für die Beseitigung der Fluchtursachen ein, in dem der imperialistischen Unterdrückung anderer Länder, Kriege und Umweltzerstörung an die Wurzel gegangen wird.

„Mutig“ ist die Landesregierung dafür dann im Umgang mit dem Skandal um die KSK in Calw. Stellen Sie sich vor, einer wird beim Auto klauen erwischt, gibt das Auto dann zurück und kommt einfach so davon. Undenkbar? Der Dieb war dann wohl keiner von den KSK Soldaten. Denn diese bekamen die Möglichkeit, die unerlaubt entwendeten 60 000 Schuss Munition anonym in Kisten, straf frei zurück zu legen. Das ist Strafreitelung im Amt! Dass es dabei auch um Faschisten geht, die sich auf das Niederschlagen von Arbeiterkämpfen, demokratischen und revolutionären Erhebungen vorbereiten wird womöglich nicht nur in Kauf genommen, sondern gehört zum Kalkül. Für das Verbot aller faschistischen Organisationen! Auflösung der faschistischen KSK „Eliteeinheit“!

Kultusministerin **Susanne Eisenmann (CDU Spitzenkandidatin)** machte sich als „Oberlehrerin“ bei weiten Teilen der Schüler/innen, Eltern und Lehrerschaft unmöglich. Sie fragt auf Plakaten scheinheilig „*Wollen wir nicht alle beschützt werden*“. Wer ist alle? Tatsächlich werden Schutzschirme für Großkonzerne aufgespannt. Kleinhändler, Kulturschaffende, Arbeiter, Angestellte, Hartz-4 Empfänger werden im bürokratischen Regen stehen gelassen und tragen die Krisenlasten. Zunehmende Covid19 Infektionszahlen in Betrieben wie bei Würth oder Kärcher unterstreichen die Forderung: „Konsequenter Gesundheitsschutz auf Kosten der Profite! Für einen konzentrierten, vollständigen Lockdown!“ Dieser konzentrierte Lockdown, um die Pandemie zu beherrschen, ist auch notwendig, um die Bedingungen für den Zusammenschluss und den Kampf der Arbeiter und der Massen wieder zu verbessern.

Auch in Baden-Württemberg wächst die Armut. Alleinerziehende, Migrantinnen, Rentnerinnen und Rentner sind besonders betroffen, während der Reichtum von Milliardären steigt. Im Kampf dagegen ist die MLPD verlässlicher Mitstreiter in der Montagsdemobewegung gegen die Hartz-Gesetze in 11 Städten im Land. Die kämpferische Opposition mit der MLPD richtet sich entschieden gegen die reaktionären „Querdenker“, die für einen ausgeprägten Egoismus und reaktionären Individualismus gegen Gesundheitsschutz und Impfungen eintreten. Faschistische Kräfte sind dabei Strippenzieher. Die individuelle Freiheit über alles zu stellen auf Kosten des Gemeinwohls – das entspricht der Freiheit der bürgerlichen Herrschaft im Kapitalismus. Dagegen brauchen wir die Freiheit uns für eine lebenswerte Zukunft zu organisieren und zu kämpfen – dafür muss die Pandemie besiegt werden. **Protest ist links!**

Julia Scheller – Landesvorsitzende der MLPD Baden-Württemberg:

„Die MLPD tritt bei diesen Landtagswahlen nicht an, wir nehmen jedoch an den Bundestagswahlen teil im Rahmen der Internationalistischen Liste/MLPD. Ich selbst kandidiere als Direktkandidatin im Wahlkreis Stuttgart I sowie Platz 2 der Landesliste. Im März werden dazu in vielen Städten Wählerinitiativen für die Direktkandidatinnen und Kandidaten gegründet als Start einer breiten, wachsenden, ehrenamtlichen Wahlhelferbewegung. Dazu lade ich Sie herzlich ein. Wir machen keine leeren Versprechungen, sondern ermutigen den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine befreite Gesellschaft selbst auf zu nehmen. Weil wir uns nicht verbiegen, von niemanden abhängig sind, wir uns das Recht nehmen über das Grundgesetz hinaus zu denken, für die sozialistische Alternative kämpfen sind wir der Kontrast zum bürgerlichen Parlamentarismus und den bürgerlichen Parteien, die sich den Interessen der großen Monopole andienen. Wir treten ein für die Ächtung des Antikommunismus, weil dieser eine demokratische Diskussion in der Gesellschaft, in der Gewerkschafts-, Frauen-, Umwelt-, Friedens- und Jugendbewegung sowie der internationalistischen Bewegung verhindert. Wir unterstützen den überparteilichen Aufruf „Gib Antikommunismus keine Chance“. Zur Landtagswahl empfehle ich Kandidat/innen, etwa der Linkspartei oder fortschrittlicher kleinerer Parteien, zu wählen, die dieses Anliegen unterstützen und mit denen es eine solidarische Zusammenarbeit in der kämpferischen Opposition gibt. Wo dies nicht der Fall ist, empfehle ich ungültig zu stimmen. Ich lade Sie/Euch ein, Mitglied in der MLPD oder ihrem Jugendverband REBELL zu werden.“

V.i.s.d.P und Kontakt: MLPD Baden Württemberg, Bruckwiesenweg 10, 70327 Stuttgart
Tel.: 0711 235866, e-mail: bawue@mlpd.de, www.mlpd.de